

“Toward a Moral Economy: Policies and Values for the 21st Century”

31. Mai/01. Juni 2012 in Chicago

Keynote Address Reinhard Cardinal Marx: *A Global Social Market Economy in response to the challenges of the 21th century*

[Begrüßung]

Wenn ein deutscher Bischof und Kardinal nach Chicago, an das weltberühmte Department of Economics kommt, um über Wirtschaft und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft zu sprechen und zu diskutieren, dann ist das vielleicht erklärungsbedürftig. Zumindest ist das nicht selbstverständlich. Mir ist dabei natürlich auch bewusst, dass der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft für viele Amerikaner ungewohnt, vielleicht sogar ein wenig provozierend ist. Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass Amerikaner oft den Verdacht hegen, dass die Soziale Marktwirtschaft gar keine richtige Marktwirtschaft ist, sondern irgendwie eine durch sozialistische Elemente verunreinigte Marktwirtschaft. Ich möchte deshalb zu Anfang kurz erläutern, was wir Europäer unter dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verstehen. Ich bin aus zwei Gründen in gewisser Weise besonders prädestiniert, das hier zu tun: Erstens weil ich aus Deutschland komme und zweitens weil ich ein katholischer Bischof bin. Lassen Sie mich diese – natürlich nicht ganz ernst gemeinte – Behauptung ein wenig erklären.

Zunächst einmal ist es so, dass die Deutschen tatsächlich das Copyright an dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft haben. „Soziale Marktwirtschaft“ – das waren der Slogan und das Programm, mit dem der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und sein Wirtschaftsminister Ludwig Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg die Rückkehr Deutschlands von der nationalsozialistischen Planwirtschaft und Kriegswirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft durchsetzten. Auch in Europa gilt die Soziale Marktwirtschaft deshalb manchmal noch als „typisch deutsch“. Aber das hat sich inzwischen auch stark verändert. Der Begriff und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft sind auch in anderen europäischen Ländern affirmativ aufgegriffen worden. Die Polen haben ihn 1997 sogar in ihre Verfassung aufgenommen, das haben selbst wir Deutsche nie getan. Und mit dem Ende 2009 in Kraft getretenen Vertrag von

Lissabon ist die Soziale Marktwirtschaft auch zum wirtschaftspolitischen Leitbegriff der Europäischen Union geworden. In Artikel 3 Absatz 3 des Vertrages über die Europäische Union heißt es nun: „The Union shall establish an internal market. It shall work for the sustainable development of Europe based on balanced economic growth and price stability, a highly competitive social market economy, aiming at full employment and social progress, and a high level of protection and improvement of the quality of the environment.“ Die *Commission of the Bishops' Conferences of the European Community* (COMECE), deren neuer Präsident ich seit März dieses Jahres bin, hat das zum Anlass genommen, eine eigene Erklärung zu diesem Vertragsziel der europäischen Sozialen Marktwirtschaft zu verfassen. Sie ist im Januar dieses Jahres erschienen und trägt den Titel „Eine europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“.

Warum wage ich aber die – noch einmal: bitte nicht allzu ernst zu nehmende – Behauptung, dass ich auch als katholischer Bischof und ehemaliger Professor für Katholische Soziallehre besonders prädestiniert bin, zu Beginn dieser Konferenz etwas zu der Idee einer globalen Sozialen Marktwirtschaft zu sagen? Nun, weil die Katholische Soziallehre eben bei der Errichtung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Lord Ralf Dahrendorf, der in der deutschen Politik der sechziger Jahre aktiv war, später aber nach England ging, wo er als Professor und Publizist arbeitete, hat einmal gesagt: „Wer in Deutschland von Sozialer Marktwirtschaft spricht [...] meint Ludwig Erhard plus katholische Soziallehre“.¹ Das ist eine ebenso prägnante wie zutreffende Beschreibung der historischen Tatsachen. Der große Einfluss der katholischen Soziallehre bei der Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft ist außerhalb Deutschlands allerdings wenig bekannt. Meistens weiß man nur um den Einfluss des Ordoliberalismus und der Freiburger Schule um Walter Eucken. Aber das ist eben nur die halbe Wahrheit.

Der Zweite Weltkrieg war für Deutschland nicht nur eine totale militärische, sondern auch eine totale moralische Niederlage gewesen. Deswegen ging es 1945 nicht nur um die Wiedererrichtung demokratischer Institutionen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau, sondern auch um eine umfassende moralische Läuterung und Erneuerung Deutschlands. Die Kirchen spielten dabei eine sehr wichtige Rolle. Nach mehr als zwölf Jahren Diktatur des Nationalsozialismus waren sie die einzigen gesellschaftlich relevanten Institutionen, die nicht zerschlagen oder gleichgeschaltet worden waren und die nicht moralisch diskreditiert waren. Niemals zu-

¹ Dahrendorf, Ralf, Wie sozial kann die Soziale Marktwirtschaft noch sein? 3. Ludwig-Erhard-Lecture, Berlin 2004, 13.

vor und niemals danach in der neuzeitlichen Geschichte Deutschlands hatten die Kirchen einen derart großen gesellschaftlichen und politischen Einfluss wie in den ersten 20 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Das gilt auch und in besonderem Maße für die Katholische Soziallehre. Ich kann diese außerordentlich interessante Geschichte aber aus Zeitgründen hier nicht weiter ausführen.

Lassen Sie mich stattdessen fortfahren mit den Bedenken, denen ich regelmäßig begegne, wenn ich mit Gesprächspartnern in den USA über die Soziale Marktwirtschaft diskutiere. Ich habe dann, wie gesagt, immer wieder den Eindruck, dass mein Gegenüber vermutet, die Soziale Marktwirtschaft sei gar keine richtige Marktwirtschaft, sondern irgendeine Mischform von Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft. Das aber ist ein großer Irrtum. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist vielmehr in ausdrücklicher Opposition zu der Zentralverwaltungswirtschaft entstanden, wie sie nicht nur in der Sowjetunion, sondern während des Zweiten Weltkrieges in weitem Maße auch im nationalsozialistischen Deutschland praktiziert worden war.

Von der Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft her kommt das Soziale, die soziale Gerechtigkeit im Wirtschaftsgeschehen nicht durch staatliche Planung im Sinne der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft und auch nicht durch punktuelle staatliche Eingriffe im Sinne des Interventionismus zustande, sondern durch den marktlichen Wettbewerb selbst. Allerdings – und das ist die zentrale Einsicht des Ordoliberalismus gewesen – ist der Wettbewerb keine naturwüchsige Erscheinung. Er stellt sich nicht von alleine ein, wenn wirtschaftliche Freiheit herrscht. Preisabsprachen, Informationsdefizite bei einzelnen Marktteilnehmern, der Missbrauch von wirtschaftlicher Macht, Kartelle und Monopole sind ständige Bedrohungen des Wettbewerbs in einer freien Marktwirtschaft. Es ist deshalb die Aufgabe des Staates, den Wettbewerb durch eine entsprechende Rahmenordnung zu sichern. Der wirtschaftliche Erfolg des Einzelnen soll nicht durch Mechanismen der Macht bestimmt werden, sondern durch einen fairen Wettbewerb; die Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft sprechen von „Leistungswettbewerb“. Und der Staat hat eben die Aufgabe, die Regeln des fairen Wettbewerbs aufzustellen und zu schützen – so wie es im *football* oder *basketball* Spielregeln gibt, die einen fairen Wettbewerb garantieren, und die Schiedsrichter, die die Einhaltung dieser Regeln überwachen und eingreifen, wenn jemand die Regeln verletzt. Das ist das Grundkonzept der Sozialen Marktwirtschaft. Und wenn der Wettbewerb auf dem Markt fair ist, dann ist die Marktwirtschaft eben eine Soziale Marktwirtschaft.

Alfred Müller-Armack, der als Staatssekretär in Ludwig Erhards Wirtschaftsministerium der eigentliche Kopf des politischen Programms der Sozialen Marktwirtschaft war, hat die Soziale Marktwirtschaft deshalb wie folgt definiert: „Der *Begriff* der sozialen Marktwirtschaft kann [...] als eine ordnungspolitische Idee definiert werden, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden.“² Und wegen der zentralen Bedeutung, die die Rahmenordnung – lateinisch: der *ordo* – in diesem Konzept einnimmt, nannten sich die deutschen Neoliberalen nach dem Zweiten Weltkrieg eben „Ordoliberalen“.

Der Begriff des Neoliberalismus ist in Deutschland – ich weiß nicht, ob das in den USA auch der Fall ist – inzwischen sogar zu einem Schimpfwort geworden, zu einem Synonym für alle vermeintlichen und tatsächlichen Schattenseiten des Kapitalismus. Dabei hatte dieser Begriff ursprünglich ja eine ganz andere Intention. Er wurde auf dem Walter-Lippmann-Colloquium geprägt, auf dem im Sommer 1938 zwei dutzend Liberale in Paris über die Erneuerung des Liberalismus diskutierten, während Europa bereits tief eingehüllt war in die dunklen Wolken des Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus und Stalinismus.

Die Teilnehmer an dieser Konferenz waren sich einig, dass der alte Kapitalismus, der Laissez-Faire-Liberalismus und der ungezügelte Manchester-Kapitalismus, am Niedergang der liberalen Idee einen großen Anteil hatten. In Deutschland etwa hatten sich wegen fehlender ordnungspolitischer Maßnahmen in vielen Bereichen der Wirtschaft Kartelle und Oligopole entwickelt. Insbesondere in der Schwerindustrie war das der Fall. Und es ist bezeichnend, dass es gerade die Schwerindustrie war, die sich in der Weimarer Republik gegen jede sozialpolitische Neuerung gewendet hat und damit einen wesentlichen Beitrag zur Selbstzerstörung der ersten deutschen Demokratie geleistet hat. Und es ist auch bezeichnend, dass es der rechte Flügel der Schwerindustriellen um Fritz Thyssen war, die als erste Industrielle Adolf Hitler und die Nationalsozialisten unterstützt und auch finanziert haben. Diese Art des Kapitalismus lehnten die Teilnehmer des Walter-Lippmann-Colloquiums ab. Und Alexander Rüstow, einer der Väter der deutschen Sozialen Marktwirtschaft, schlug deshalb vor, sich auch begrifflich von diesem Kapitalismus, dem Laissez-Faire-Liberalismus bzw. Alt-Liberalismus, abzugrenzen. Und so wurde der Begriff des „Neoliberalismus“ kreiert.

² Müller-Armack, Alfred, Art. Soziale Marktwirtschaft, in: HdSW, Bd. 9, Stuttgart u. a. 1956, 390-392, hier: 390.

Wenn also heute die Auswüchse des Finanzkapitalismus, die 2008 die Krise ausgelöst haben, wenn diese Art von „Casino-Kapitalismus“ als Neoliberalismus bezeichnet wird, dann ist das historisch ganz falsch. Genau solche Auswüchse, die letztlich zur Selbstzerstörung von Freiheit und Marktwirtschaft führen, haben die Neoliberalen nämlich bekämpft. Leider ist der Begriff des Neoliberalismus heute verbrannt. Aber auch gerade deshalb möchte ich an einer Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialer Marktwirtschaft festhalten. Und im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft brauchen wir nach meiner Ansicht eine Rahmenordnung, die auch den Finanzmarkt wieder in seine Dienstfunktion für die Realwirtschaft und damit für das Gemeinwohl zurückführt.

Die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft haben bei der Entwicklung ihres Konzepts von Ordnungspolitik übrigens in wesentlichen Fragen von den USA gelernt, zum Beispiel was die Frage der *anti-trust*-Gesetzgebung angeht. Bei der *anti-trust*-Gesetzgebung geht es um genau das, was das Hauptziel der Sozialen Marktwirtschaft ist: Die Sicherung eines fairen Wettbewerbs, indem der Missbrauch überlegenen Wissens und wirtschaftlicher Macht konsequent unterbunden wird.

Nun verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich möchte hier kein flammendes Plädoyer für den Ordoliberalismus halten oder eine nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte Theorie als Allheilmittel für unsere heutigen weltwirtschaftlichen Probleme anbieten. Ich bin ja selbst ein Vertreter der Katholischen Soziallehre, und das Verhältnis der katholischen Sozialwissenschaftler zu den Ordoliberalen war in der jungen Bundesrepublik Deutschland keineswegs spannungsfrei. Es gab einige Auseinandersetzungen über die konkrete institutionelle Gestaltung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft. Das betraf zum Beispiel die Frage der Rentenversicherung oder der Mitbestimmung. Ich möchte Sie mit diesen Details der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte nicht langweilen.

Aber die Grundidee des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft scheint mir nach wie vor richtig zu sein: erstens die Erkenntnis, dass „[e]in wirklich von Wettbewerb bestimmter Markt [...] ein wirkungsvolles Mittel“ ist, „um wichtige Ziele der Gerechtigkeit zu erreichen“³, wie auch das Kompendium der Soziallehre der Kirche von 2004 feststellt. Und zweitens, dass dieser Wettbewerb durch eine staatliche Rahmenordnung vor dem Missbrauch wirtschaftlicher und politischer Macht gesichert werden muss.

³ Kompendium der Soziallehre der Kirche, Nr. 347.

Und ich bin der festen Überzeugung, dass heute in der Welt der globalisierten Ökonomie, wo die Interdependenz der nationalen Volkswirtschaften immer mehr zunimmt und nationale Probleme etwa im Bankensektor schnell zu Problemen des internationalen Finanzmarktes werden, auch internationale Regeln im Sinne dieser Ordnungsidee der Sozialen Marktwirtschaft notwendig sind. Ich glaube, dass ein globalisierter Markt auch einen globalen Ordnungsrahmen benötigt. Eine globale Ökonomie braucht eine globale Rahmenordnung. Das meine ich, wenn ich von “*A Global Social Market Economy in response to the challenges of the 21st century*” spreche.

Nun bin ich selbst ja kein Ökonom, sondern Theologe und Priester. Ich habe zwar selbst einmal an der Universität Katholische Soziallehre unterrichtet, aber seit ich Bischof und Kardinal bin, halten mich andere Verpflichtungen davon ab, die wissenschaftliche Diskussion in allen Details zu verfolgen. Ich möchte deshalb hier gar nicht für mich den Anspruch erheben, detaillierte Vorschläge zur institutionellen Gestaltung einer Globalen Sozialen Marktwirtschaft machen zu können. „Die „Kirche hat keine technischen Lösungen anzubieten und beansprucht keineswegs, sich in die staatlichen Belange einzumischen““ (Civ 9), schreibt Papst Benedikt XVI. in seiner 2009 erschienen Sozialzyklika *Caritas in Veritate*. Das gilt auch für mich. Deswegen bin ich denen dankbar, die morgen im Rahmen der Fachtagung die Mühe auf sich nehmen, sich mit den Fragen der Konkretion zu beschäftigen. Ich bin wirklich allen von Herzen dankbar, die hierher gekommen sind, um an dieser Diskussion teilzunehmen. Verzeihen Sie mir aber bitte, wenn ich im Hinblick auf das Thema, über das ich heute spreche, einen namentlich nenne, um ihm zu danken: Professor Michel Camdessus, der als ehemaliger Direktor des Internationalen Währungsfonds das Hauptreferat in der Sitzung “Global and Local Solidarity: Issues of Globalization” übernommen hat. Herr Professor Camdessus: Vielen Dank, dass Sie hierher gekommen sind, um mit uns über dieses wichtige Thema zu diskutieren. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Ausführungen, so wie ich gespannt bin auf alle Referate, die wir hören werden und die Diskussionen, die wir führen werden. Ganz besonders danke ich natürlich auch den Professoren Roger B. Myerson, Kevin M. Murphy und Russell Hittinger, die mir heute die Ehre erweisen, auf meinen Vortrag zu erwidern.

Zuvor lassen Sie mich bitte zum Ausdruck bringen, dass mir diese Konferenz ein großes persönliches Anliegen, ein wirkliches Herzensanliegen ist. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir – Amerikaner und Europäer – uns wieder mehr Zeit nehmen, um miteinander zu sprechen.

Die immer noch anhaltenden wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahre haben uns dramatisch vor Augen geführt, wie sehr unsere Volkswirtschaften heute miteinander verflochten sind und wie sehr wir deshalb auf die Zusammenarbeit angewiesen sind. Die 2008 in den USA ausgebrochene Immobilien- und Finanzkrise hatte auch Europas Finanzmarkt und Konjunktur hart getroffen. Und heute gefährdet die Staatsschuldenkrise einiger europäischer Länder die beginnende wirtschaftliche Erholung in den USA. Ob wir das wollen oder nicht: In der globalisierten Wirtschaft unserer Tage sind die wirtschaftlichen Probleme der USA auch die Probleme Europas, genauso wie die wirtschaftlichen Probleme Europas diejenigen der USA sind.

Gemeinsam tragen wir aber auch eine große Verantwortung für die gesamte übrige Welt. Unter deutschen Börsianern gibt es ein altes Sprichwort – ich weiß nicht, ob das auch bei Ihnen so gesagt wird: „Wenn die USA niesen, bekommt der Rest der Welt einen Schnupfen.“ Die weltweiten Sorgen angesichts der Staatsschuldenkrise in Europa zeigen, dass das inzwischen auch für die Europäische Union gilt: „Wenn die Europäische Union niest, bekommt der Rest der Welt einen Schnupfen.“

Das klingt lustig, ist aber bitterernst. Sowohl in den USA als auch in Europa sind viele Menschen schwer von der Krise getroffen. Millionen haben ihren Job und ihr Haus verloren, viele Jugendliche schaffen den Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht. Das ist hart und bitter. Noch härter hat es aber viele Millionen Menschen in den armen, unterentwickelten Ländern getroffen. Heute ist das Schicksal der Menschen in den armen Ländern dieser Welt so stark wie noch nie gekettet an den Erfolg oder Misserfolg der reichen, hochentwickelten Volkswirtschaften. Ein Beispiel: Wenige Wochen nachdem 2008 die Börsen in den USA und Europa abgestürzt waren, gab es in China einen Einbruch der Bestellungen von Handys. Noch einmal ein paar Wochen später begannen in Afrika die Schließungen der Kupfer- und Kobaltminen. Man braucht ja Kupfer und Kobalt für die Handyproduktion. Im Kongo wurden damals 60 Prozent aller Kupfer- und Kobaltminen geschlossen. 300000 Arbeiter verloren ihren Job. Wir müssen uns diese Interdependenzen in der heutigen Weltwirtschaft immer wieder bewusst machen. Wenn wir unverantwortliche Entscheidungen treffen, dann müssen Menschen weltweit die Konsequenzen tragen, auch und besonders die Ärmsten der Armen.

Diese großen und zunehmenden Interdependenzen der nationalen Volkswirtschaften zeigen meines Erachtens eben, wie dringend wir ein stärkeres Maß an internationaler wirtschaftspolitischer Koordinierung, eine stabile Rahmenordnung im Sinne einer globalen Sozialen Markt-

wirtschaft benötigen. Und eines ist ganz unzweifelhaft: Sollte diese Idee irgendeine Aussicht darauf haben, realisiert zu werden, dann nur, wenn die USA und die Europäische Union für dieses Ziel zusammenwirken.

Es gibt also genug Gründe, dass wir uns als Amerikaner und Europäer zusammensetzen, um über die moralischen Grundlagen und die konkreten Probleme unserer Volkswirtschaften und unserer gemeinsamen Weltwirtschaft zu diskutieren, wie wir uns das auf dieser Konferenz vorgenommen haben. Und ich bin der festen Überzeugung, dass wir in unseren gemeinsamen kulturellen Werten eine gute Grundlage haben, um uns in diesen Fragen zu verständigen. Sowohl diesseits als auch jenseits des Atlantiks wurde ja in den letzten Jahren viel darüber geredet und geschrieben, dass wir Europäer und Amerikaner uns nach dem Ende des Kalten Krieges auseinander entwickelt haben. Politische Strategen raten uns, uns nicht mehr so stark auf unsere Verbündeten des 20. Jahrhunderts zu konzentrieren. Wir sollen uns vielmehr den aufstrebenden Regionen dieser Welt zuwenden, vor allem Asien.

Richtig daran ist, dass sich die Welt des 21. Jahrhunderts deutlich von derjenigen des 20. Jahrhunderts unterscheidet. Länder wie Indien und China haben seit der Jahrtausendwende eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung genommen. Sie spielen auf der internationalen politischen Ebene schon jetzt eine wichtige Rolle, und diese Rolle wird noch wichtiger werden. Die Zeiten, in denen die G-7-Staaten bzw. die G-8-Staaten die politischen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft quasi im Alleingang bestimmen konnten, sind ganz sicher vorbei. In gewisser Hinsicht ist das auch gut so. Die alte, von Nordamerika, West-Europa und Japan beherrschte Weltwirtschaft wurde – manchmal nicht zu Unrecht – von den Entwicklungs- und Schwellenländern oftmals als quasi-kolonialistisches Regime empfunden. Unter diesem Aspekt ist es zu begrüßen, dass die Rolle der G 20 immer wichtiger wird, in der auch die wichtigsten Schwellenländer mit am Verhandlungstisch sitzen.

Andererseits bringt die multipolare Welt des 21. Jahrhunderts auch neue Probleme mit sich. Das Ziel einer international anerkannten und durchsetzbaren Rahmenordnung für die Weltwirtschaft ist in der multipolaren Welt noch schwerer zu erreichen, weil die Zahl der Akteure steigt, die – durchaus zu Recht – mitreden und mitbestimmen wollen. Manche der aufstrebenden Staaten scheinen an einer verstärkten internationalen politischen Koordinierung nicht sehr interessiert zu sein. Sie betreiben eine Macht- und Interessenspolitik im Stile der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts. Die multipolare Welt ist deshalb alles andere als jener Ort

des organisierten und gefestigten Interessenausgleichs, wie ihn manche nach dem Ende des Kalten Krieges erhofft hatten. 1992 hatte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama in seinem Buch „*The End of History and the Last Man*“ diese Zukunftsvision gezeichnet. Fukuyama meinte, dass sich nach dem Untergang der Sowjetunion und des Ostblocks die Demokratie, der Rechtsstaat und die Marktwirtschaft ganz von selbst überall in der Welt ausbreiten würden. In dem Kalten Krieg der Ideologien habe das Gute, die Freiheit, gesiegt, und damit sei eben die Geschichte an ihr Ende gekommen, gleichsam zu ihrer innerweltlichen Erfüllung gelangt. Gut 15 Jahre später, 2008, hat ein anderer amerikanischer Politikwissenschaftler, Robert Kagan, ein Buch vorgelegt und schon mit dessen Titel Fukuyama entschieden widersprochen: „*The Return of History and the End of Dreams*“. Und leider hat Kagan Recht. Fukuyamas Zukunftsvision war zu optimistisch. Das heißt nicht, dass ich stattdessen Pessimismus verbreiten möchte. Aber wir müssen nüchtern feststellen: Wir haben seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts nicht nur die Ausbreitung von Freiheit und Demokratie gesehen, sondern auch die Rückkehr autokratischer Regime, die eine rücksichtslose Machtpolitik betreiben.

Gerade deswegen ist es aus meiner Sicht wichtig, dass sich die USA und Europa auch in einer veränderten Welt auf ihre Gemeinsamkeiten besinnen und als Partner für eine friedliche und gerechtere Welt zusammenstehen. Es gibt einen lesenswerten Essay, der diese Gemeinsamkeiten thematisiert: *Qu'est-ce que l'Occident?* von dem französischen Philosophen Philippe Nemo. Das Buch ist auch ins Englische übersetzt worden und trägt hier den Titel: *What is the West?* Nemo ist ein manchmal provozierender Autor, aber seine Gedanken sind immer anregend. Und sein Essay ist ein flammendes Plädoyer an die Europäer wie an die Amerikaner, sich auf ihre kulturellen Gemeinsamkeiten, ihre gemeinsamen Werte zu besinnen, auf das was eben die westliche Zivilisation ausmacht. Dabei geht es darum, dass wir unsere gemeinsame Geschichte und Kultur wieder mehr schätzen lernen. Es geht aber nicht um die Abwertung anderer Kulturen. In der globalisierten Welt sind der wechselseitige Respekt der Kulturen und der interkulturelle Dialog unverzichtbar. Aber ein solcher Dialog kann nur fruchtbar geführt werden, wenn die Dialogpartner sich zunächst einmal ihrer eigenen kulturellen Herkunft bewusst sind. Das betont auch Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Caritas in Veritate*: “Today the possibilities of *interaction between cultures* have increased significantly, giving rise to new openings for intercultural dialogue: a dialogue that, if it is to be effective, has to

set out from a deep-seated knowledge of the specific identity of the various dialogue partners.”⁴

Es wäre zu wünschen, dass Europäer und Amerikaner – in dem Bewusstsein ihrer gemeinsamen Kulturgeschichte, ihrer gemeinsamen Werte – bei der politischen und institutionellen Gestaltung der multipolaren Welt wieder mehr mit einer Stimme sprechen würden. Im Geist dieser Werte müssen wir gemeinsam nach Wegen suchen, die großen politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme zu lösen, vor denen die Menschheit heute steht. Und gemeinsam müssen wir auch denen entgegenreten, die im Widerspruch zu diesen Werten handeln und eine Wiederbelebung der nationalistischen Macht- und Interessenspolitik betreiben. Wir können den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mit dem Politikstil des 19. Jahrhunderts begegnen – einem Stil, der übrigens ja schon im 19. Jahrhundert fatale Folgen hatte. Heute aber wären die Folgen katastrophal, wenn die internationale Politik bloß von den Mechanismen der Macht- und Interessenspolitik bestimmt würde. Denn von der Lösung der wirklich großen Herausforderungen der Menschheit hängen heute nicht mehr die Interessen einzelner Nationen ab, sondern unser aller Zukunft. Die Politik des 21. Jahrhunderts darf deshalb nicht von nationalen Egoismen und eifersüchtigen Machtspielen bestimmt werden, sondern wir müssen auf der Ebene der bestehenden internationalen Organisationen, aber auch durch neu zu schaffende internationale Institutionen und Verträge Wege der Zusammenarbeit suchen. Das mahnt auch Papst Benedikt in *Caritas in Veritate* dringend an. Er schreibt dort:

*To manage the global economy; to revive economies hit by the crisis; to avoid any deterioration of the present crisis and the greater imbalances that would result; to bring about integral and timely disarmament, food security and peace; to guarantee the protection of the environment and to regulate migration: for all this, there is urgent need of a true world political authority, as my predecessor Blessed John XXIII indicated some years ago. Such an authority would need to be regulated by law, to observe consistently the principles of subsidiarity and solidarity, to seek to establish the common good, and to make a commitment to securing authentic integral human development inspired by the values of charity in truth. Furthermore, such an authority would need to be universally recognized and to be vested with the effective power to ensure security for all, regard for justice, and respect for rights.*⁵

⁴ CiV 26. Heute haben die Möglichkeiten der *Wechselwirkung zwischen den Kulturen* beträchtlich zugenommen und geben Raum für neue Perspektiven des interkulturellen Dialogs – eines Dialogs, der, um wirkungsvoll zu sein, von den verschiedenen Gesprächspartnern als Ausgangspunkt das tiefe Bewußtsein ihrer spezifischen Identität verlangt.

⁵ CiV67. „Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten *politischen Weltautorität*, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde,

Mit diesen Ausführungen liegt der Papst ganz auf der Linie dessen, was ich eine globale Soziale Marktwirtschaft nenne. Aber manche Kommentatoren haben geschrieben, diese Forderung des Papstes nach einer echten *politischen Weltautorität* sei naiv, sie sei zu idealistisch gedacht. Für einen Papst sei dieser Idealismus vielleicht angebracht, aber in der tatsächlichen Welt sei Realpolitik gefordert. Ich möchte auf diese Kritik gerne kurz antworten. Eben weil der Papst hier das beschreibt, was ich eine globale Soziale Marktwirtschaft nenne, könnte ja auch mir der Vorwurf des naiven Idealismus gemacht werden.

Zu diesem Vorwurf ist zweierlei zu sagen. Zunächst einmal muss unmissverständlich festgestellt werden: Wer Papst Benedikt einen naiven Idealismus vorwirft, der hat von der Theologie dieses Papstes nichts, aber auch wirklich gar nichts verstanden. Papst Benedikt ist bekanntlich ein großer Augustinus-Kenner und seine eigene Theologie ist unübersehbar von Augustinus inspiriert. Augustinus war es, der zu Beginn des 5. Jahrhunderts, nach der Eroberung und Plünderung Roms durch die Westgoten, in seiner Schrift *De Civitate Dei* die erste große Politische Philosophie des Christentums entworfen hat. Und dieses bedeutende Buch dreht sich ganz wesentlich um die Frage, wie das menschliche Zusammenleben organisiert werden kann angesichts einer zutiefst ambivalenten Natur des Menschen. Nach christlicher Überzeugung ist der Mensch ja als Ebenbild Gottes geschaffen. Der Kern des Menschen, sein ursprüngliches Wesen also, ist deshalb für uns Christen gut infolge der Teilhabe an Gottes vollkommener Gutheit. In diesem Kern, in seinem Wesen also, ist der Mensch auf das Gute, auf Gott hin ausgerichtet. Aber wir Christen kennen auch die Geschichte vom Sündenfall. Und durch diesen Sündenfall, so glauben wir, ist diese an sich gute Natur des Menschen korumpiert worden. Der ideale Kern des Menschen ist zwar weiterhin gut, aber in seiner realen Natur gibt es seitdem auch das Element des Versagens und des Bösen. Daher muss der gute Kern des Menschen, seine wesenhafte, aber gebrochene Freiheit zum Guten unterstützt und gefördert werden. Sozialethisch heißt das, dass unsere sozialen Institutionen so gestaltet sein müssen, dass sie nicht den mit dem Sündenfall auf die Seele des Menschen gefallen Schatten ansprechen, sondern den guten Kern anreizen, damit der Mensch sich in seinem Gewissen auf das Gute hin ausbildet und es in seinem Leben verwirklicht. Von diesem Grundgedanken ist

dringend nötig. Eine solche Autorität muß sich dem Recht unterordnen, sich auf konsequente Weise an die Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität halten, auf die Verwirklichung des Gemeinwohls hingeeordnet sein, sich für die Verwirklichung einer echten ganzheitlichen menschlichen Entwicklung einsetzen, die sich von den Werten der Liebe in der Wahrheit inspirieren läßt. Darüber hinaus muß diese Autorität von allen anerkannt sein, über wirksame Macht verfügen, um für jeden Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten.“

die Schrift *De Civitate Dei* des heiligen Augustinus zutiefst geprägt, und auch die Theologie und Soziallehre der Kirche ist von diesem Leitgedanken bestimmt. Man könnte sagen, das christliche Menschenbild, das Benedikt XVI. vertritt, ist sehr realistisch und praxisnah! Besonders deutlich wird das auch in der Enzyklika *Caritas in Veritate* von Papst Benedikt. Deswegen warnt der Papst hier ausdrücklich vor einem naiven Idealismus und Machbarkeitswahn:

Sometimes modern man is wrongly convinced that he is the sole author of himself, his life and society. This is a presumption that follows from being selfishly closed in upon himself, and it is a consequence — to express it in faith terms — of *original sin*. The Church's wisdom has always pointed to the presence of original sin in social conditions and in the structure of society: "Ignorance of the fact that man has a wounded nature inclined to evil gives rise to serious errors in the areas of education, politics, social action and morals".⁶

Dieser Warnung des Papstes möchte ich mich anschließen. Und ich möchte meine Forderung nach einer globalen Sozialen Marktwirtschaft auch vor diesem Hintergrund verstanden und interpretiert wissen.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, weswegen ich glaube, dass wir Papst Benedikts Mahnung im Hinblick auf eine echte politische Weltautorität nicht einfach mit dem Hinweis auf die Realpolitik abtun dürfen: Es gibt schlicht keine andere Möglichkeit als eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Wir stehen vor der Alternative, ob wir die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Menschheitsprobleme gemeinsam lösen oder ob wir sie gar nicht lösen. Tertium non datur. Die Menschheitsfamilie ist eben in gewisser Weise wirklich eine Schicksalsgemeinschaft und es gilt, die Orientierung am „Weltgemeinwohl“⁷ im Auge zu behalten.

Im Übrigen ist es ja nicht so, dass der Papst eine Weltregierung fordern würde. Eine solche Forderung wäre in der Tat illusionär. Gleich mehrfach findet sich in seiner Enzyklika vielmehr der Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip.

⁶ CiV 34. Manchmal ist der moderne Mensch fälschlicherweise der Überzeugung, der einzige Urheber seiner selbst, seines Lebens und der Gesellschaft zu sein. Diese Überheblichkeit ist eine Folge des egoistischen Sich-in-sich-selbst-Verschließens und rührt – in Begriffen des Glaubens gesprochen – von der *Ursünde* her. Die Weisheit der Kirche hat stets vorgeschlagen, die Erbsünde auch bei der Interpretation der sozialen Gegebenheiten und beim Aufbau der Gesellschaft zu beachten: »Zu übersehen, daß der Mensch eine verwundete, zum Bösen geneigte Natur hat, führt zu schlimmen Irrtümern im Bereich der Erziehung, der Politik, des gesellschaftlichen Handelns und der Sittlichkeit«.

⁷ Vgl. hierzu PT 98-100; CiV 7.

Hence the principle of subsidiarity is particularly well-suited to managing globalization and directing it towards authentic human development. In order not to produce a dangerous universal power of a tyrannical nature, *the governance of globalization must be marked by subsidiarity*, articulated into several layers and involving different levels that can work together. Globalization certainly requires authority, insofar as it poses the problem of a global common good that needs to be pursued. This authority, however, must be organized in a subsidiary and stratified way, if it is not to infringe upon freedom and if it is to yield effective results in practice.⁸

Die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips möchte ich auch im Hinblick auf meine Idee von einer globalen Sozialen Marktwirtschaft sehr nachdrücklich betonen. Es geht nicht darum, die nationale Wirtschaftspolitik zu entmachten, sondern es geht darum eine Antwort dafür zu finden, dass in einer globalisierten Ökonomie bestimmte Ordnungs- und Koordinationsaufgaben eben nicht mehr von den nationalen Behörden und Regierungen allein wahrgenommen werden können. Deshalb brauchen wir subsidiäre internationale Vereinbarungen und Institutionen im Sinne einer globalen Sozialen Marktwirtschaft. Um für diese Idee zu werben und um mit Ihnen über diese Idee zu diskutieren, bin ich zu Ihnen nach Chicago gekommen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir so geduldig zugehört haben. Nun bin ich gespannt auf die Erwidern von Roger Myerson, Kevin M. Murphy und Russell Hittinger. Und ich bin gespannt auf unsere Begegnung und unsere Gespräche. Dank von Herzen, dass ich bei Ihnen sein darf.

⁸ CiV 57. Es handelt sich demnach um ein besonders geeignetes Prinzip, um die Globalisierung zu lenken und sie auf eine echte menschliche Entwicklung auszurichten. Um nicht eine gefährliche universale Macht monokratischer Art ins Leben zu rufen, muß die Steuerung der Globalisierung von subsidiärer Art sein, und zwar in mehrere Stufen und verschiedene Ebenen gegliedert, da sie die Frage nach einem globalen Gemeingut aufwirft, das zu verfolgen ist; eine solche Autorität muß aber auf subsidiäre und polyarchische Art und Weise organisiert sein, um die Freiheit nicht zu verletzen und sich konkret wirksam zu erweisen.